

DER

Dominik Vogt

# BREITE STAAT

Nachhaltiger Liberalismus jenseits  
von Kapitalismus

Eine Utopie



# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	9
<b>Die Krise der liberalen Demokratie und der schlanke Staat</b> .....	13
<b>Das Ende der liberalen Demokratie und der starke Staat</b> .....	15
<b>Die Zukunft der liberalen Demokratie und der breite Staat</b> .....	20
<b>Die Basis der liberalen Demokratie – Freiheit und Gleichheit</b> ..	27

## Teil I

<b>Die Elemente der liberalen Demokratie</b> .....	31
--	----

### Demokratische Politik

<i>Alle Macht geht von den Leuten aus</i> .....	33
Macht und Legitimation .....	33
Freiheit und Gleichheit .....	35
Kein einzig Volk, einfach Leute .....	37
Demokratische Willensbildung .....	38
Vom schlanken zum breiten Staat .....	41
Demokratische Institutionen .....	43
Der Ort der Politik .....	46
Alternativlos Demokratie .....	48

### Liberaler Gesellschaft

<i>Die liberale Gesellschaft ist die Gemeinschaft freier Individuen</i> .....	48
Eine Gemeinschaft freier Individuen .....	48
Das Leben in der Gesellschaft .....	52
Die Freiheit in der Gesellschaft .....	56
Das Glück in der Gesellschaft .....	61
Alternativlos liberale Gesellschaft .....	63

## **Freie Marktwirtschaft**

<i>Freie Marktwirtschaft organisiert optimal dezentrale Entscheidungen</i> . . . . .	64
Kapitalistische Wirtschaft . . . . .	65
Freie Marktwirtschaft: Fiktionen und Voraussetzungen . . . . .	68
Der Zweck der Märkte und die Tücke von Geld . . . . .	73
Blinde Flecken: Regulierung . . . . .	77
Unfreie Märkte: Marktversagen . . . . .	81
Marktplatz und Zollgrenzen . . . . .	88
Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .	90
Alternativlos freie Marktwirtschaft . . . . .	91

## **Teil II**

<b>Transformationen: Wege zum breiten Staat</b> . . . . .	93
<b>Der breite Staat</b> . . . . .	96
<b>Arbeit und Dienst</b> . . . . .	101
Was ist Arbeit? . . . . .	101
Arbeitsgesellschaft oder: Wozu brauchen wir Arbeit? . . . . .	104
Arbeit und Anerkennung . . . . .	108
Warum arbeiten mit einem Grundeinkommen? . . . . .	112
Bürgerdienste . . . . .	115
<b>Einkommen und Güter</b> . . . . .	119
Wirtschaftspolitische Strategien des schlanken und des breiten Staates . . . . .	120
Versorgung und die Dienste – Geld oder Gut . . . . .	121
Verteilung und das Grundeinkommen . . . . .	124
Die Legitimität des Grundeinkommens . . . . .	126
Ökonomische Effekte eines Grundeinkommens . . . . .	129
<b>Wirtschaft als Umwelt</b> . . . . .	134
Eine gesunde Wirtschaft, nicht eine wachsende . . . . .	135
Arbeit ist kein Gut . . . . .	136
Langfristige Wirtschaftspolitik dank Grundeinkommen . . . . .	137

Globalisierte Wirtschaft und der Streuverlust von Politik . . . . .	138
Verlorene Interessenkongruenz von Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .	140
Weder Wachstum noch Verzicht . . . . .	143
Ehrliche Preise und echtes Risiko . . . . .	145
Gesunde Wirtschaft und Bedürfnisse . . . . .	147
<b>Eigentum und Schutz oder das Eigene und das Erworbene . . . . .</b>	<b>150</b>
Das Eigene . . . . .	151
Das Erworbene . . . . .	153
Das liberale Dilemma: Eigentum ist Macht . . . . .	155
<b>Lebensort und Bodenbesitz . . . . .</b>	<b>157</b>
Bodennutzung . . . . .	158
Problem des beschränkten Bodens . . . . .	161
Mit Steuern zu Allmende und Leihnutzung . . . . .	163
Verteilungsmechanismen . . . . .	166
<b>Stufensteuer und Bedarfsdeckung . . . . .</b>	<b>170</b>
Pauschalisierung und Steuerstufen . . . . .	172
Steuerprogression und deren Legitimität . . . . .	175
Ein zentrales Konto für jeden . . . . .	177
Der Zweck der Steuern und das Steueraufkommen . . . . .	178
<b>Wirtschaftsförderung und Staatswirtschaft . . . . .</b>	<b>179</b>
Wirtschaft soll keine Arbeit machen . . . . .	180
Es geht um die Güter und Dienstleistungen . . . . .	182
<b>Regeln und Zölle im Außenhandel . . . . .</b>	<b>187</b>
<b>Basis und freie Entfaltung, Grundbedürfnisse und Luxus . . . . .</b>	<b>189</b>
<b>Schlusswort . . . . .</b>	<b>195</b>
<b>Danksagung . . . . .</b>	<b>199</b>
<b>Anmerkungen . . . . .</b>	<b>200</b>



# Einleitung

Die liberale Demokratie steckt in der Krise. Das ist oft beschrieben und beklagt worden. Warum wir sie aber retten sollten, das wird weniger oft klar. So ist dieses Buch entstanden: Es ist ein Versuch, die liberale Demokratie als utopische Idee wiederzugewinnen, wie sie es einmal war, bevor sie, neoliberal verkürzt, zum schlanken Staat verkümmerte. Ich möchte im Folgenden ein politisches Modell vorschlagen, das ich den *breiten Staat* nenne.

Der breite Staat ist ein demokratisches Gemeinwesen, in dem Menschen zusammenleben und dieses Zusammenleben souverän und solidarisch gestalten. Es ist die politische Organisation einer liberalen Gesellschaft als Gemeinschaft freier Individuen, in der jeder Mensch grundlegend geschützt und versorgt ist.

Utopisch soll dieser Entwurf sein, weil er Lust machen will auf Zukunft. Und utopisch zu sein ist gut, weil auch der politische Esel eine Möhre vor der Nase braucht, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die Kritik an unserem politischen und wirtschaftlichen System ist berechtigt. Umso mehr geht es darum, die Idee der liberalen Demokratie weiterzudenken, in mehr oder minder groben Zügen eine mögliche Fortsetzung ihrer Geschichte zu zeichnen, die begeistern kann und die für alle ein gutes Leben zu ermöglichen verspricht. Es geht nicht darum, pragmatisch Sachzwänge zu erläutern, um die Gegenwart als beste aller möglichen Welten zu erweisen, denn sie ist es nicht. Eine andere, bessere Welt ist möglich, und es geht darum zu zeigen, wie diese aussehen könnte.

Die Zukunft der liberalen Demokratie ist der *breite Staat*, weil in einer komplexen Gesellschaft nur auf einem breiten Fundament kollektiver Daseinsvorsorge und sicherer Grundversorgung individuelle Freiheit und echte Selbstverantwortung für alle möglich sind. Die Zukunft der liberalen Demokratie liegt nicht im schlanken Staat, in dem nur Rahmenbedingungen für freie Märkte und eine florierende Wirtschaft organisiert werden. Dem schlanken Staat fehlt es an Bindungskraft, um die kommenden Krisen ohne soziale Verwerfungen lösen zu können. Und die liberale Demokratie kann kein starker

Staat sein, in welchem autoritär das Leben der Menschen einem höheren Ziel untergeordnet wird, sei dies national, religiös oder ideologisch. Der starke Staat opfert Freiheit und Vielfalt, um Bindung zu erzwingen. Er kann weder liberal noch kann er demokratisch sein. Der starke Staat ist der drohende Gegenentwurf zur liberalen Demokratie, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt als schlanker Staat in einer existenziellen Krise steckt.

Die liberale Demokratie erscheint heute oft nur als schöner Titel für das Betriebssystem des Kapitalismus mit sporadischen Wahlen. Oder weniger polemisch formuliert: als Synonym für soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Parteiendemokratie. Wir denken bei der liberalen Demokratie weniger an Freiheit und Gleichheit, wir sorgen uns vielmehr um Wohlstand und Wirtschaftswachstum.

Dass die Flut alle Boote hebt, was vielleicht einmal eine schöne Metapher. Angesichts des Klimawandels und der realen Gefahr schmelzender Polkappen klingt es jedoch zynisch. So zynisch, wie die englische Version des Trickle-down schon immer geklungen hat. Was unten ankommt, kann nur ein Tröpfeln sein, wenn das reichste eine Prozent weit mehr besitzt als die ärmere Hälfte der Bevölkerung.<sup>1</sup> So viel Flut können wir uns schlicht nicht leisten.

Die Krise der liberalen Demokratie ist eine Glaubwürdigkeitskrise, die Erschütterung im Glauben, dass sie die Welt zu einem besseren Ort für alle macht. Konfrontiert mit den großen globalen Krisen (Klima, Artensterben, Migration) und den drängenden nationalen Problemen (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Staatsschulden, Inflation), scheinen wir gefangen in einem »Weiter so«, »Wird schon gut gehen«. Das liberale Denken ist ausgebremst von der Furcht, Investoren zu vergraulen, Arbeitsplätze zu vernichten und das Wirtschaftswachstum zu gefährden.

Man hört: »Wohlstand für alle!« und »Mehr Wirtschaftswachstum!«, aber nicht: »Freiheit für alle!« oder »Mehr Gleichheit!« – da würde sich der Verdacht des Populismus regen. »Populistisch«, weil im Interesse der vielen und nicht »pragmatisch« den ökonomischen »Sachzwängen« unterworfen. »Alternativlosigkeit« ist fast schon zur Chiffre für die Politik in liberalen Demokratien geworden. Wenn es Probleme gibt, aber keine Alternative, ist es wenig verwunderlich, dass sich mehr und mehr Menschen abwenden von der liberalen Demokratie und ihr Heil in politischen Alternativen suchen, die vollmundig Lösungen versprechen – und sei es nur die Leugnung des Problems sowie der Versuch, die Privilegien der eigenen Gruppe zu wahren.

Um liberale Alternativen zur neoliberalen Politik des schlanken Staates wiederzugewinnen, müssen die drei Grundelemente der liberalen Demokratie neu betrachtet und vor allem ihr Zusammenspiel neu gedacht werden. Die drei Elemente sind: eine demokratische Politik, eine liberale Gesellschaft und eine freie Marktwirtschaft. Seit der »neoliberalen Revolution« (Wendy Brown) in den Neunzigerjahren gab es jedoch eine Unwucht zugunsten der freien Marktwirtschaft. Der Markt wurde zum zentralen Ort der Gesellschaft. In ihrer Abhängigkeit von der Wirtschaft wirkt die Politik unfähig, andere, drängendere Probleme anzugehen, als das Wirtschaftswachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. Mit diesen Grundelementen der liberalen Demokratie und ihrem Verhältnis zueinander beschäftigt sich der erste Teil dieses Buches.

Der zweite Teil widmet sich der Idee des breiten Staates und dem Weg dahin. Eine der zentralen Ideen des breiten Staates ist, dass sich die Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft nur lösen lässt, indem die Wirtschaft als Umwelt betrachtet wird, die – analog zur natürlichen Umwelt – nachhaltig bewirtschaftet werden muss. Die Gesellschaft muss der Wirtschaft die für das gesellschaftliche Leben nötigen Ressourcen entziehen, ohne dass diese Schaden nimmt. Die Gesellschaft muss die Wirtschaft hegen und pflegen, damit der Strom an Gütern und Diensten nicht versiegt, aber sie darf ihre Interessen nicht mit denen der Wirtschaft verwechseln.<sup>2</sup>

Der Bewirtschaftung der Wirtschaft durch Steuern, Abgaben und den Entzug materieller Ressourcen steht die liberale Grundüberzeugung des unbedingten und unbegrenzten Schutzes privaten Eigentums entgegen. Eigentum ist ein Garant von Freiheit, kann aber ohne Gleichheit auch ein Mittel der Gewalt über andere sein, weil Ungleichheit Abhängigkeiten erzeugt und verfestigt. Daher kann die klassische Schutzfunktion der liberalen Gesellschaft für Eigentum nicht zugleich unbegrenzt und unbedingt gelten. Eine zweite zentrale Idee des breiten Staates ist es, zwischen dem für die individuelle Freiheit essenziellen *Eigenen* und dem *Erworbenen* zu unterscheiden. Nur das Eigene genießt den unbedingten Schutz, darf aber nur begrenzt ungleich verteilt sein. Im Gegensatz dazu kann das Erworbene zwar unbegrenzt wachsen, wird aber nur bedingt geschützt, denn es kann die demokratische und gesellschaftliche Gleichheit gefährden.<sup>3</sup> Das gilt insbesondere für Eigentum an Boden als Ort der Gesellschaft und der Demokratie.<sup>4</sup> Dabei geht es nicht um Enteignung, sondern um die Ausgestaltung eines Steuersystems, das sich am



Bedarf für gesellschaftliche Aufgaben orientiert. Finanzierbarkeit von Politik muss sich an der Wirtschaftsleistung messen, nicht am gegebenen Steueraufkommen.<sup>5</sup> Eigentum muss in Bewegung bleiben, damit jede Generation von Neuem Früchte findet in ihrem Streben nach Glück und sich nicht elitäre Dynastien bilden können mit altem feudalistischem Glück der Geburt.

Wenn die Wirtschaft nicht im Zentrum der Gesellschaft steht, dann, so eine dritte zentrale Idee, muss Teilhabe an der Gesellschaft auch anders als durch Arbeit möglich sein. Arbeit als zentraler Ort, den eigenen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten und einen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erwerben, muss ergänzt werden durch Mechanismen, die direkt wirken und politisch gesteuert werden können: *Grundeinkommen und Bürgerdienste*.<sup>6</sup> Die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern erfolgt im breiten Staat über ein Grundeinkommen, mit dem auf einem freien Markt Güter erworben werden können. Für Güter der Daseinsvorsorge kann auch ein öffentliches Angebot sinnvoll sein, wenn politische oder ökonomische Gründe dagegensprechen, die Versorgung einem freien Markt zu überlassen. Dies ist insbesondere bei natürlichen Monopolen, unpassenden Effizienzkriterien, begrenzten Optimierungsmöglichkeiten oder mangelnder Gerechtigkeit der Fall.<sup>7</sup> Bürgerdienste sind eine Ergänzung zum Grundeinkommen, die andere Seite der Medaille: Gibt der breite Staat beim Grundeinkommen, kann er bei den Diensten eine Leistung einfordern. Durch Bürgerdienste können sich die Menschen unabhängig vom Erfolg auf dem freien Markt in die Gesellschaft einbringen. Sie sind zudem ein Mittel, Leute für notwendige Aufgaben, die sich anders nicht organisieren oder finanzieren lassen, in die Pflicht nehmen zu können. Sie dürfen dabei nicht der Gängelung dienen, sondern müssen für sinnvolle und wichtige Aufgaben vorbehalten bleiben. Bürgerdienste sind für die öffentliche Hand eine Alternative zum Arbeitsmarkt. Solange sie auf freiwilliger Basis als Angebot zur Teilhabe erfolgen, können sie den Markt durchaus gleichwertig ersetzen. Verpflichtend hingegen sollten sie nur subsidiär eingesetzt werden, wenn der Markt versagt. Der breite Staat ist eine freie Marktwirtschaft mit garantierter Grundversorgung. Dank Grundeinkommen und Bürgerdiensten kann er den Markt sich selbst überlassen im Boom und in der Krise.

## Die Krise der liberalen Demokratie und der schlanke Staat

Die Krise der liberalen Demokratie ist keine politische Krise, sie ist eine ökonomische Krise. Eine ökonomische Krise, die nicht einfach eine Wirtschaftskrise, eine vorübergehende Flaute vor dem nächsten Boom ist. Die ökonomische Krise ist, dass der Preis des Wachstums immer deutlicher wird: ökologisch als Klimakrise und Artensterben, sozial als wachsende Ungleichheit und durch psychische Belastungen, gesellschaftlich als beängstigender Wandel und bröckelnder sozialer Zusammenhalt. In der als soziale Marktwirtschaft verfassten liberalen Demokratie wird die ökonomische Krise politisch, denn eine Wirtschaftskrise trifft das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft: Wohlstand für alle.

Das Wohlstandsversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist brüchig und es ist bedrohlich. Es ist das Versprechen einer wachsenden Wirtschaft, in der für jeden und jede ein sicherer und auskömmlicher Arbeitsplatz geschaffen werden kann. Aber Wohlstand wird heute nicht erarbeitet, sondern vererbt. Es ist das Versprechen, dass, wenn jeder und jede nur fleißig einer Arbeit nachgehe, es den Kindern in Zukunft einmal besser gehen werde. Aber die Kinder sind auf der Straße und demonstrieren dafür, überhaupt eine Zukunft haben zu dürfen.

In der sozialen Marktwirtschaft wird eine ökonomische Krise zur Krise des politischen Systems, weil das gesellschaftliche Binde- und Integrationsmittel der Arbeit knapp oder prekär geworden ist.<sup>8</sup> Gute Arbeit ist fast schon ein Privileg. Die Knappheit an Arbeit als individuelle Berechtigung auf einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erzeugt die gesellschaftliche Notwendigkeit für Wirtschaftswachstum. Es braucht das Wachstum nicht, um mehr Wohlstand zu erzeugen oder gar einen Mangel an materiellen Gütern zu beheben. Es braucht Wachstum, damit trotz Produktivitätssteigerung, trotz Effizienzgewinnen genügend Arbeitsplätze entstehen.

So hat sich eine Politik durchgesetzt, die der Entstehung von Arbeitsplätzen fast alles andere unterordnet. Klimaschutz – sicher, aber nur solange es keine Arbeitsplätze kostet, wie beispielsweise die Kontroversen rund um den Ausstieg aus der Kohleverstromung deutlich vor Augen führen. Durchsetzung von Menschenrechten – aber nur sanft und leise, es könnte sonst Arbeitsplätze

kosten, wie etwa der vorsichtige und wenig kritische Umgang mit China zeigt. Soziale Mindeststandards und Absicherung – ja, aber am besten über Arbeitsplätze oder so, dass keine Arbeitsplätze vernichtet werden, wie immer wieder in der Diskussion um Mindestlöhne und geradezu prototypisch bei jeder Debatte über Steuern argumentiert wird. Es ist dies die (neoliberale) Politik des »schlanken Staates«, der nur Rahmenbedingungen schaffen will, damit die Wirtschaft üppig gedeihe und das freie Spiel der Marktkräfte in dezentralen Entscheiden alles zum Wohle aller organisiere.

Die Steuerung durch Rahmenbedingungen und Absicherung durch soziale Standards verliert in einer globalisierten, deregulierten und digitalisierten Wirtschaft aber an Effektivität und Durchschlagskraft. Entscheidungen und ihre Wirkungen treten räumlich auseinander, und zwischen den Staaten entsteht ein Wettbewerb, möglichst unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen zu bieten. Der schlanke Staat ist abgemagert, krank und schwach. In globalisierten Märkten müsste auch das »Soziale« der Marktwirtschaft global sein. Aber die Erfolge, soziale, arbeitsrechtliche oder steuerliche Mindeststandards global zu etablieren, sind dürftig.

Die lokal verorteten Gesellschaften spalten sich in Globalisierungsgewinner:innen und -verlierer:innen. Manche Gesellschaftsschichten gelten als »abgehängt«. Aber abgehängt wovon? Vom Wirtschaftswachstum, von der gesellschaftlichen Entwicklung? In einer als sozialer Marktwirtschaft verfassten liberalen Demokratie bedeutet das, dass sie von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind, dass sie keine oder zumindest keine gleichberechtigten Mitglieder der Gesellschaft sind. In einer liberalen Gesellschaft kann es aber keine Untertanen geben, für die fremdbestimmte Normen gelten. Dass zunehmend viele sich als solche empfinden, ist nicht ihre falsche Wahrnehmung, sondern ein echtes Defizit des schlanken Staates.

Darüber hinaus ist das Wohlstandsversprechen nicht nur brüchig und ökologisch heikel, für manche ist mehr Wohlstand gar nicht erstrebenswert. Ein bestimmter Lebensstandard kann schlicht genug sein, es braucht nicht immer noch mehr. Für eine postmaterialistische Werteorientierung bietet unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aber kaum eine Option (oder nur für die Glücklichen, die materiell gut gebettet sind). Wir müssen manche Dinge erarbeiten, die es eigentlich nur braucht, damit sie erarbeitet werden können. Sie sind für das Wirtschaftssystem und dessen Wachstum relevant, aber nicht wirklich für die Menschen. Wir geraten in Stress wegen etwas, das

wir nicht dringend brauchen, nicht heute, aber auch nicht wirklich morgen.<sup>9</sup> Dass wir für Dinge unter Druck geraten, deren Sinn wir nicht wirklich einsehen, dürfte zur Ausbreitung von Burn-out und Depressionen beitragen: »In aller Stille zerstören Depressionen den Zusammenhalt in der Gesellschaft.«<sup>10</sup>

Dies ist die selbst verschuldete Krise der liberalen Demokratie. Liberale Demokratie sollte das Versprechen sein auf ein freies und selbstbestimmtes Leben, in ihr wollten die Menschen frei und gleich sein, nicht reich und fleißig. Sie war eine Utopie, für die seit der Aufklärung gekämpft wurde. Aber wer möchte sich für einen schlanken Staat einsetzen?

## Das Ende der liberalen Demokratie und der starke Staat

Während das neoliberale Wirtschaftsmodell alternativlos erscheint, verlieren das liberale Gesellschaftsmodell und die demokratische Politik national und global an Anziehungskraft. Die Anfeindungen durch antiliberalen und antidemokratischen Kräfte werden populärer. Kann es keinen Wohlstand für alle geben, dann soll er wenigstens für die je eigene Gruppe nicht gemindert werden. Die Verteilungskämpfe sind Verteidigungskämpfe alter Privilegien. Im schwächelnden schlanken Staat wächst bei vielen die Sehnsucht nach einem »starken Staat«.

Die liberale Demokratie ist vor allem deshalb in einer Krise, weil es ihr an Glaubwürdigkeit und überzeugenden Versprechen für ein gelingendes und sinnerfülltes Leben fehlt. Die Krise zeigt sich in mangelnder Begeisterung und weitverbreiteter Gleichgültigkeit.<sup>11</sup> Wenn das Wohlstandsversprechen der sozialen Marktwirtschaft nicht hält, bröckelt erst das liberale, dann das demokratische Element. Aber wir retten die liberale Demokratie nicht, indem wir die Marktwirtschaft ausweiten.

Es ist ein politisches Armutszeugnis, dass immer mehr wichtige Lebensbereiche marktwirtschaftlichen Mechanismen überlassen und privatwirtschaftlichen Interessen sowie privater Verantwortung überantwortet werden. Das mag, wo es denn für die Einzelnen überschaubar ist, durchaus sinnvoll sein, in einer immer komplexeren, pluraleren und stärker verwobenen Welt ist das oft aber nicht mehr der Fall. Die liberale Freiheit und das demokratische Mitspracherecht wollen nicht so recht zur Komplexität von Finanzwirtschaft, produktiver Verflechtung und globalen Handelsabhängigkeiten passen.

Eine Politik, die sich, von starken Lobbygruppen und Interessenverbänden geleitet, vermeintlichen Sachzwängen unterwirft, wirkt technokratisch, nicht demokratisch. Die Komplexität der Regelungen und Zusammenhänge macht es für Bürger:innen und selbst Politiker:innen schwer, sie vollständig zu verstehen. Im Gegenzug wird in der politischen Kommunikation aber massiv vereinfacht, kleinteilige Probleme werden hervorgehoben und behandelt. Politik wirkt dadurch teilweise widersprüchlich und unzusammenhängend. Bei vielen dürfte sich das Gefühl einstellen, nicht wirklich vertreten zu sein, keine Lobby zu haben. Oft scheint Politik weit weg von der eigenen Lebenswirklichkeit und blind für die eigenen Bedürfnisse.

Wird dann noch an die individuelle Verantwortung appelliert, durch das eigene Verhalten Verantwortung für das Allgemeine zu übernehmen, weil politische Lösungen sich nicht durchsetzen lassen, dann ist es wenig verwunderlich, dass bei einigen eine Sehnsucht entsteht nach einer stringenter, klaren Politik aus einer »starken« Hand. Einer individualisierten Verantwortlichkeit fehlt eine verbindliche moralische Instanz und somit die nötige Bindungskraft, um sicherzustellen, dass sich alle daran halten werden. Der Appell verpufft als Scheinlösung, und diejenigen, die sich bemüht haben, können sich alleingelassen und gelackmeiert fühlen. Darüber hinaus sind die Forderungen mithin widersprüchlich: mehr konsumieren, um das Wachstum anzukurbeln; weniger konsumieren, um die Umwelt zu schützen. Politik wirkt dadurch moralisierend und bevormundend, bleibt aber eher wirkungslos und mehr plakativ. Sie ist mehr eine Zumutung als eine Hilfe bei den eigenen Problemen. Politik fordert Einsatz oder Verzicht, aber sie verbessert nicht die eigene Lebenssituation.

Das Liberale zu opfern verspricht dabei eine Vereinfachung und Klärung der Verhältnisse. Keine konfligierenden Interessen und Ansprüche, die miteinander abgestimmt werden müssen. Es gelten klare Regeln, an die sich alle zu halten haben. Das Demokratische zu opfern fällt angesichts der eigenen Machtlosigkeit auch nicht weiter schwer. Die »da oben« tun eh, was sie wollen. Da müsse endlich einer kommen und richtig aufräumen.<sup>12</sup> Was das dem Einzelnen bringen soll, bleibt schleierhaft. Die Hoffnung dürfte aber sein, dass man als Teil der starken Gruppe stärker profitiert, dass man vor allem aber auch nicht »als Dummer« dasteht, wenn man sich »anständig« verhält. Oder, idealistischer und weniger egoistisch formuliert, dass, wenn die Herrschenden nur weise und edel wären, sie auch das Land zu einem guten und

schönen Ort machen würden. Wenn nur die Guten regierten, würde schon alles gut. Nur: Wer sind die Guten? Und was ist gut und gut für wen?

Aber zu fragen, was der Reiz an autoritären und antiliberalen Strömungen sei, dass so viele sich von der liberalen Demokratie abwenden, ist der verkehrte Weg. Man findet dann vielleicht, dass Bildung und wirtschaftlicher Erfolg wichtige Faktoren sind, dass es Unterschiede gibt zwischen ländlichem Raum und den Städten, und versucht durch Bildungsoffensiven, Entwicklung des ländlichen Raums und (immer wieder) mehr Wirtschaftswachstum gegenzusteuern. Dabei verkennt man, dass man umgekehrt fragen müsste: Was ist an der liberalen Demokratie so wenig attraktiv, dass Menschen bereit sind, nach Vorstellungen anderer zu leben, ja sich einem fremden Willen zu unterwerfen? Oder, nochmals einen Schritt zurück: Sollte liberale Demokratie nicht auch für Menschen ohne Bildung und Erfolg gut sein? Klar sollte sie das, aber warum ist liberale Politik dann so oft wenig mehr als: »Bildungschancen schaffen« und »Leistung muss sich lohnen«?

Weitet man den Blick global, fallen zwei Dinge ins Auge: Erstens sind die liberalen Demokratien durchaus attraktiv für Menschen, wie die Migrationsströme zeigen. Zweitens sind die wirtschaftlich prosperierenden Länder heute eher die Autokratien und Diktaturen. Im Umgang mit beidem werden nicht nur die liberalen und demokratischen Werte mit Füßen getreten. Die Entwicklungen sind auch Keim eines neuen autoritären und nationalistischen Selbstbewusstseins. International kann man statt »Wandel durch Handel« ein neues großmächtiges Auftreten autokratischer Führer auf der einen Seite und eine zunehmende Abhängigkeit von deren billigen Produkten, Rohstoffen und Arbeitskräften auf der anderen Seite sehen. Global steigt der Einfluss autoritärer und autokratischer Länder auf andere Nationen sowie auf internationale Organisationen (insbesondere China). Der Trend der globalen Demokratisierung und Liberalisierung scheint gebrochen, und die globale Ordnung droht weniger liberal und demokratisch zu werden. National wird gerade die Attraktivität des liberalen Modells für Einwanderer, Randgruppen und andere Minderheiten in einem nationalen und globalen Verteilungskampf gegen dasselbe gewendet. Die anderen werden für die eigenen Probleme verantwortlich gemacht.

Noch ist es nicht angebracht, vom drohenden Ende der liberalen Demokratie zu raunen, aber die Verteilungsfragen mit Wachstum zu kaschieren dürfte zunehmend schwerer werden. Das schwächelnde Wachstum der letz-

ten Jahrzehnte hat weniger den Wohlstand für alle wachsen lassen als vielmehr den Reichtum der wenigen. Unter der gesellschaftlichen Spaltung zwischen den »einfachen Bürgern« und den »globalen Eliten« leiden zunehmend auch unsere westlichen, liberalen Demokratien. Die Bezeichnungen sind vielleicht schwierig, das Problem aber, das sich dahinter verbirgt, ist unverkennbar da. Für breite Schichten war und ist der Wohlstandsgewinn gering und kaum spürbar, für viele dürfte es real sogar Einbußen gegeben haben. Gerade die Folgen der Migration treffen vor allem ärmere Schichten, sei es als Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum, sei es als echte oder vermeintliche Konkurrenz um staatliche Mittel für soziale Leistungen. Das können problematischerweise rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien und Bewegungen für sich instrumentalisieren, wie sich immer wieder gezeigt hat.

Zeitgleich erzwingen die ökologischen Krisen einen Umbau der Wirtschaft, der teuer werden wird. Die Frage wird sein, wer diese Kosten trägt. Die westlichen Demokratien stehen hier vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen sind sie als Hauptverursacher in der Verantwortung, die Kosten auch global zu tragen. Zum anderen sind sie national kaum in der Lage, die Frage der Verteilung der Kosten zu lösen. Das dürfte nationalistische Tendenzen weiter verstärken und die politische Polarisierung vertiefen zwischen denen, die die Klimakrise und die Verantwortung dafür leugnen, und denen, die eine moralische Verpflichtung sehen, die Probleme nicht zu leugnen, sondern zu lösen.

Auch von dieser im Grunde demokratisch und liberal gesinnten Seite droht eine Abkehr von der liberalen Demokratie. Die Sehnsucht nach einer Politik, die sich an den Wissenschaften orientiert und sich von Expert:innen beraten lässt oder gar angeleitet wird, wächst. Es schwindet das Vertrauen, dass die repräsentative Demokratie handlungsfähig genug ist, die drängenden ökologischen und sozialen Probleme anzupacken, geschweige denn, dass sie durch einen freien Markt und eine liberale Wirtschaftspolitik gelöst werden könnten. In den Reihen von Fridays for Future hört man: System change, not climate change! Und das ist der gemäßigtere Teil der jungen Ökologiebewegung.

Aber wenn Quartalszahlen und Wachstumsraten von größerer Bedeutung sind als Artensterben und Erderhitzung, wenn dem individuellen Nutzen die kollektiven Kosten nicht gegenübergestellt werden, wenn auch Geschäfts-

modelle, die auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basieren, anerkannt sind, weil sie Arbeitsplätze schaffen und zum Bruttoinlandsprodukt beitragen, und wenn all das alternativlos ist in einer liberalen Demokratie, weil alles sonst Freiheit einschränken und Wohlstand kosten könnte, dann müssten die ökologische Bewegung und die grünen Parteien wohl wirklich deutlich radikaler werden. Schon jetzt werden von rechter und marktliberaler Seite die Klimaschutzbewegung und die grünen Parteien als antiliberaler Verbotsparteien und Gefahr für »Freiheit« und »liberale Ordnung« karikiert.

Fast scheint es, als bliebe zwischen Ökodiktatur und dem alten Nationalismus, in neuen Versuchen »das Nationale mit dem Sozialen zu versöhnen«,<sup>13</sup> kein Weg. Aber sind das wirklich die Alternativen? Spöttisch formuliert: die alten Alternativen gegen die neuen Alternativen! Linksgrün versifft versus rechtsbraun verkracht.

So ordentlich desillusioniert und in düsterer Stimmung, manchen Abgesang auf die liberale Demokratie hörend, kann man sich schon fragen: Ja, warum ist es drum schon schad, warum sollte man dafür kämpfen?<sup>14</sup> – Aber es wäre weit mehr als schade, denn die Alternativen erweisen sich als überaus bedrohlich. Orbán, Trump, Erdoğan, Bolsonaro, Putin – sie greifen die liberale Gesellschaft an, verfolgen eine Interessenpolitik zugunsten bestimmter Gruppen und erklären eine von ihnen definierte Form zu leben zur Norm. Demokratie verkommt so zu wenig mehr als dem Machtmittel einer vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft.

Die Stärke der liberalen Demokratie liegt aber gerade in ihrem Schutz von Minderheiten, in der Bedeutung individueller Rechte und der Zersplitterung von Macht. Alle drei Aspekte erfüllen sich nicht von selbst wirtschaftsliberal, sie sind Merkmale einer offenen Gesellschaft, die weit mehr ist und sein muss als eine freie Wirtschaft. Der Wirtschaftsliberalismus der Chicago Boys<sup>15</sup> hat auch unter der Diktatur Pinochets vortrefflich funktioniert und den Wohlstand der Eliten wachsen lassen.

Dem Ausspruch Thatchers »There's no such thing as society« muss man entgegenhalten: Wirtschaft braucht Gesellschaft, und Gesellschaft braucht Liberalität. Lässt man das mittlere Glied aus, erhält man keine Freiheit, sondern Konkurrenzkampf, Raubtierkapitalismus – und dann heulen die Wölfe nach dem autoritären und starken Staat.



# Die Zukunft der liberalen Demokratie und der breite Staat

Im Großen und Ganzen liegt vieles im Argen, im Kleinen und Einzelnen kann die Welt aber wunderbar sein – zumindest für viele von uns, die wir das Privileg haben, in einer liberalen Demokratie zur Welt gekommen zu sein: Wir genießen ein Ausmaß an individuellen Freiheiten, persönlichen Freiräumen, Gestaltungsmöglichkeiten, materieller Sicherheit, Wohlstand und Luxus, wie es vermutlich historisch einmalig ist in seiner gesellschaftlichen Breite.<sup>16</sup> Das verdanken wir einer liberalen, demokratischen Gesellschaftsordnung und einer liberalen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Diese Kombination aus demokratischer Politik, liberaler Gesellschaft und freier Marktwirtschaft meinen wir meist, wenn wir von liberalen Demokratien sprechen. Dass sie für eine Weile so gut zusammen funktioniert haben, war ein historischer Glücksfall, denn sie gehören nicht notwendig zueinander. Im Gegenteil: Kapitalistische Wirtschaft dient weder der Gesellschaft – sie ist dem Profit verpflichtet –, noch ist sie demokratisch. Der Kapitalgeber bestimmt.<sup>17</sup> Demokratische Mehrheitsentscheidungen schützen weder Minderheiten, noch schaffen sie ideale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.<sup>18</sup> Und eine liberale Gesellschaft erzeugt weder politische Mehrheiten für funktionierende Regierungen noch wirtschaftlichen Zwang für ausreichend Profit.<sup>19</sup>

Störungen im fragilen Gleichgewicht von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind die Ursache der Krise der liberalen Demokratien. Die »liberale« Politik der letzten Dekaden hatte eine Unwucht zugunsten der Wirtschaft. Ihre Antworten auf die Probleme waren nicht »liberal«, sondern »neoliberal«, und das ist eine Verengung des Freiheitsbegriffs auf eine freie Wirtschaft.<sup>20</sup> In der Wirtschaft aber sind die wenigsten frei. Gerade Betriebe und Firmen sind meist hierarchisch organisiert und autoritär den Zielen und Interessen der Investor:innen unterworfen. So erscheint liberale Demokratie heute als ein Projekt der »liberalen Eliten«, Freiheit ist das Privileg der Erfolgreichen und Gleichheit eine juristische Formel des Rechtsstaates.

Damit es einen Liberalismus für alle geben kann, muss das Primat der Wirtschaft gebrochen werden. Die liberale Demokratie darf nicht als soziale Marktwirtschaft, ergänzt durch Parteiendemokratie und Rechtsstaat, verstan-

den werden. Um die Krise der liberalen Demokratie zu überwinden, sollen die drei Grundelemente liberaler Demokratie – demokratische Politik, liberale Gesellschaft und freie Marktwirtschaft – im breiten Staat neu bestimmt und zusammengefügt werden. An erster Stelle muss eine liberale Gesellschaft mit demokratischer Politik stehen, und das heißt gesellschaftlicher Zusammenhang sowie politische Mitbestimmung, nicht individualisierter Wettbewerb in freien Märkten.

Die Elemente der liberalen Demokratie werden im ersten Teil des Buches ausgehend von drei einfachen Grundsätzen entwickelt. Erstens: In der Demokratie geht alle Macht von den Leuten aus. Zweitens: Die liberale Gesellschaft ist die Gemeinschaft freier Individuen. Und drittens: Freie Marktwirtschaft organisiert dezentrale Entscheidungen.

Das sind weder historische noch theoretische Herleitungen. Es ist ein Versuch der Selbstverständigung: Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Demokratie sprechen? Und entspricht das, was da in die Krise geraten ist, wirklich dem, was wir meinen und wollen? Oder weicht die Realität derart weit von ihrem idealen Versprechen ab, dass die Krise schlicht in der Gleichgültigkeit gründet, sich für diese wenig ideale Realität einzusetzen? Es gibt Demokratie, aber keinen kümmert es. »Die da oben ...« ist keine demokratische Haltung.

**In der Demokratie geht alle Macht von den Leuten aus.** Macht ist die Möglichkeit, seine Interessen durchzusetzen und die Regeln des Zusammenlebens zu bestimmen und zu gestalten. Es sind die Leute vor Ort, die gemeinsam ihr Zusammenleben organisieren und ihre Interessen abstimmen müssen. Der Begriff der »Leute« ist wegen seiner umgangssprachlichen Unbestimmtheit gewählt, es ist weder ein Volk noch die Bürgerschaft. In der Fügung »Land und Leute« verweist er auf alle, die an einem Ort leben.

Die Macht kann von den Leuten aber nicht direkt ausgeübt werden. Es müssen daher Institutionen geschaffen werden, die das Zusammenleben organisieren und regeln können. Diese Institutionen sollten die Macht im Sinne der Leute ausüben, sie sollten Ausdruck ihres Willens sein. Aber der Wille der Leute kann nicht einfach festgestellt und bestimmt werden, denn sie sind zu unterschiedlich, und das, was sie wollen, ist viel zu vielfältig und widersprüchlich. Es ist noch nicht einmal klar und ein für alle Mal feststellbar, wer denn wirklich »diese Leute« sind.

Demokratische Macht braucht daher vor allem Einschränkung, Aufteilung und Kontrolle. Das betrifft einerseits die Verfahren, die Machtballung verhindern, Gewaltenteilung garantieren, Minderheiten schützen. Es betrifft andererseits aber auch die Aufgaben selbst: Es soll nur das Zusammenleben, aber nicht das Leben selbst bestimmt und organisiert werden. Möglichst viel Macht zur Lebensgestaltung muss bei den einzelnen Leuten verbleiben, politische Machtausübung muss sich auf ein Minimum beschränken. Dieses Minimum zu definieren ist eine der großen Herausforderungen.

Der schlanke Staat ist ein derartiger Versuch. Das Politische wird darauf beschränkt, Rahmenbedingungen für Märkte zu gestalten, in denen sich dann das Zusammenleben und die Interessen von selbst dezentral abstimmen und organisieren sollen. Diese Beschränkung politischer Macht wird aber durch massive Ballung ökonomischer Macht derart konterkariert, dass im schlanke Staat die Macht nicht von den Leuten, sondern vom Geld ausgeht. Das für Demokratie zentrale Gebot der Gleichheit wird eklatant verletzt.

Auch der breite Staat versucht, das Politische auf ein Minimum zu beschränken. Er versucht es aber nicht, indem er Rahmenbedingungen für andere Mechanismen bestimmt und notfalls deren Fehlentwicklungen zu korrigieren versucht. Der breite Staat versucht, jegliche Form der Macht einzuschränken, indem er ein Fundament legt, das Unabhängigkeit sichert und somit individuelle Gestaltung ermöglicht. Die Breite dieses Fundaments macht eben die Breite des Staates aus.

Der Leitfaden, das Minimum zu bestimmen, sind die Minderheiten, die durch jegliche Art der Bestimmung eines Kollektivs mit einem gemeinsamen Willen entstehen. Das Minimum ist, was auch die Minderheit wollen kann, und die radikalste Form der Minderheit ist der oder die Einzelne als einfacher Mensch. Demokratische Machtausübung muss darauf beschränkt werden, was einfach und einheitlich möglich ist, damit die einzelnen Leute ein menschliches und menschenwürdiges Leben führen können. Dazu mehr im Kapitel »Demokratische Politik« im ersten Teil des Buches.

**Die liberale Gesellschaft ist die Gemeinschaft freier und gleicher Individuen.** Das heißt zunächst, ich muss nicht so oder so, muss nicht nützlich oder gleichartig sein, um dazugehören. Ich gehöre einfach als Individuum, als einfacher Mensch dazu. Ich gehöre dazu, weil ich da und weil ich eigen bin. Die Gesellschaft vor Ort ist eine Ansammlung von Individuen. Und das heißt

weiter, indem ich dazugehöre, bin ich geborgen und sicher, und mein Leben ist einfacher, als wenn ich es für mich allein bestreiten müsste. Es ist eine Gemeinschaft, die zusammenlebt. Und es heißt vor allem auch: Wenn ich dazugehöre und dazugehören will, muss ich nicht auf eine bestimmte Art leben, ich darf eigen und individuell bleiben. Es ist eine liberale Gesellschaft, und die Individuen sind frei und gleich.

Die liberale Gesellschaft als eine Gemeinschaft Gleicher zu denken ist eine Herausforderung. Es ist erst mal widersprüchlich, und das ist gut so. Es verschränkt die kühlen, losen Verbindungen der Gesellschaft mit den engen, substanzialen Verbindungen einer Gemeinschaft. Aber es unterwirft das Individuum nicht den strengen Kriterien der Identität, die es als Teil einer Gemeinschaft internalisieren muss, sondern unterstellt einfach, dass es dazugehört. Es bürdet den Einzelnen aber auch nicht die harten Kriterien der Leistung auf, die sie erfüllen müssen, um Mitglied der Gesellschaft zu sein, sondern unterstellt einfach, dass jeder und jede etwas Wertvolles beiträgt. Die Einzelnen gehören einfach dazu, ohne andauernd einen gesellschaftlichen Berechtigungsnachweis erbringen oder ihre Eigenheiten leugnen zu müssen. In einer liberalen Gesellschaft gibt es keine Autorität, die diese Kriterien definieren könnte, weder die der Identität noch die der Leistung.

Fragt man dagegen: »Warum sollten wir Leute mitschleppen, die keinen Beitrag leisten?«, muss man, ehe man eine Antwort verdient, beantworten können, wer denn »wir« sind und wie wir in der Lage sind zu beurteilen, welcher Beitrag gut ist und welcher schlecht. Im schlanken Staat sollte das der Markt beantworten können, aber damit wird die Wirtschaft mit der Gesellschaft gleichgesetzt, denn nur die wirtschaftlich verwertbaren Beiträge zählen. Im starken Staat dagegen sind »wir« das Volk, und »der Führer hat gesagt, was zu tun ist«. Das scheint gerade die Anziehungskraft starker Staaten auszumachen: Die Zugehörigkeit ist wohldefiniert, und wenn man dazugehört, muss man sich nicht mehr dauernd beweisen nach oft unklaren Kriterien, man muss nur seine Pflicht erfüllen und Befehlen gehorchen.

Der breite Staat versucht die Unklarheit der Kriterien und die Unschärfe der Zugehörigkeit weder künstlich zu schärfen und autoritärer Willkür zu überantworten noch dem Individuum als unbestimmte Selbstverantwortung aufzubürden. Der breite Staat setzt Vertrauen in seine Bürger:innen. Er verlässt sich darauf, dass sie ihre Freiheit zu nutzen verstehen, und er verzichtet darauf, die Sinnhaftigkeit ihres Tuns zu bewerten und zu hinterfragen. Für

notwendige Beiträge baut der breite Staat nicht auf irgendwelche unsichtbaren Hände, sondern darauf, dass er seine Bürger zur Not auch aufrufen kann, sich zu engagieren und einen Dienst zu leisten.<sup>21</sup>

Um es mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu sagen: Die Aufgabe des Staates ist es, die unveräußerlichen Rechte der Menschen zu schützen – »Life, Liberty and the pursuit of Happiness«. Das fängt aber nicht damit an, dass man Rahmenbedingungen für das Streben nach Glück festlegt und die Glücklichen absichert, dass sie die Früchte ihres Strebens genießen können, ohne sich um die Freiheit der weniger Strebsamen und das Leben der Glückloseren zu kümmern, weil man sich blind darauf verlässt, dass unsichtbare Hände da zum Wohle aller am Werk sind. Diese unveräußerlichen Rechte sind gestuft, sie bauen aufeinander auf: erst das Leben, dann die Freiheit und zuletzt das Streben nach Glück.

Zum Leben, zur Freiheit und zum Streben nach Glück in einer liberalen Gesellschaft mehr im Kapitel »Liberale Gesellschaft« des ersten Teils.

**Die freie Marktwirtschaft organisiert dezentrale Entscheidungen.** Keine zentrale Instanz entscheidet zum Wohle aller, welche Güter produziert und welche Dienstleistungen bereitgestellt werden. Dezentral sind die Entscheidungen, weil die Zwecksetzungen individuell und eben nicht allgemein sind. Dass dies gelingt, ist voraussetzungsreich. Damit die dezentralen Entscheidungen zum Wohle aller sind, müssen alle mit den gleichen Voraussetzungen den Markt betreten. Gibt es Arme und Reiche, dann werden Märkte zunächst die Ziele der Reichen verwirklichen, und nur wenn Ressourcen übrig bleiben, können auch Bedürfnisse Ärmerer erfüllt werden. Daran scheitert der schlanke Staat, weil er die Teilnahme am Markt zum fundamentalen Mechanismus macht, ohne die Voraussetzungen für die erfolgreiche Teilnahme am Markt abzusichern.

Der breite Staat versucht genau dies: Voraussetzungen für die individuelle Teilnahme am Markt zu sichern, ohne dass Erfolg auf dem Markt zwingend ist für ein würdiges Leben. Mit anderen Worten: Eine entscheidende Freiheit des Marktes ist es, den Markt betreten zu können, ihn aber auch nicht betreten zu müssen. Der breite Staat sichert mit Grundeinkommen und Grundversorgung genau diese Freiheiten ab. Man kann am Markt teilnehmen, weil man die Mittel hat, man muss aber nicht, weil es andere Wege der Versorgung gibt.

Eine weitere wichtige Voraussetzung dafür, dass die dezentralen Entscheidungen auf Märkten effizient und optimal sind, ist, dass Kosten und Nutzen für alle transparent sind. Dazu braucht es echte Preise und feste Garantien, die Folgekosten, Externalitäten, Lebenszyklen und langfristige Aspekte in das Kalkül einführen. Dies zu realisieren ist schwierig und konkret vermutlich immer nur annäherungsweise möglich, aber es ist entscheidend, wenn man politisch Marktlösungen diskutiert, deren verzerrenden Effekt zu berücksichtigen. Unternehmerverantwortung und verantwortungsbewusster Konsum sind ein schwacher moralischer Appell, wenn Preissignale nicht stimmen und Konsequenzen nicht getragen werden müssen. Damit es echte (höhere) Preise ohne soziale Verwerfungen geben kann, braucht es ein Grundeinkommen, das für echte Preise berechnet ist. Dazu mehr im Kapitel zur »freien Marktwirtschaft«.

Diese drei Grundelemente fügen sich zu einem basalen oder fundamentalen Liberalismus für alle zusammen. Der erneuerte Liberalismus verwirklicht sich nicht in einem schlanken, sondern eben in einem breiten Staat. Anhand einzelner, vor allem ökonomischer Themenfelder wird im zweiten Teil dieses Buches die Idee des breiten Staates weiterentwickelt. Hier eine kurze Übersicht über die einzelnen Kapitel:

**Der breite Staat:** In der Trias von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft liegt im breiten Staat der Akzent auf der Gesellschaft. Weder Politik noch Wirtschaft darf bestimmen, wie wir leben; und eine liberale Gesellschaft will es nicht. Der breite Staat ist eine Marktwirtschaft mit garantierter Grundversorgung. Grundversorgung meint nicht nur ein materielles, sondern auch ein kulturelles Existenzminimum. Wie kultiviert aber der Staat ist, ist eine politische, also demokratische Entscheidung.

**Arbeit und Dienst:** Grundversorgung soll durch ein Grundeinkommen gesichert werden. Wo dieses nicht ausreicht oder nicht finanziert werden kann, sollen Bürgerdienste die individuellen Beiträge zur Gesellschaft organisieren. Die Bedeutung von Arbeit für die Gesellschaft und das Individuum wird hinterfragt.

**Einkommen und Güter:** Das bevorzugte Mittel der materiellen Versorgung ist das in der freien Marktwirtschaft erwirtschaftete Einkommen. Dies kann

aber zu zwei Seiten hin scheitern: Mangel an Einkommen – ein Verteilungsproblem, worauf das Grundeinkommen reagiert, und Mangel an Gütern – ein Versorgungsproblem, auf das Dienste die Antwort sind.

**Wirtschaft als Umwelt:** Der breite Staat verfolgt eine radikal andere Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaft wird nicht als Teil der Gesellschaft begriffen, sondern als Umwelt, die in Analogie zur natürlichen Umwelt nachhaltig bewirtschaftet werden muss.

**Eigentum und Schutz:** Privateigentum ist im breiten Staat geschützt, aber es wird zwischen dem Eigenen und dem Erworbenen unterschieden. Während Ersteres begrenzt, aber uneingeschränkt geschützt wird, ist Letzteres unbegrenzt, aber nur eingeschränkt geschützt.

**Lebensort und Bodenbesitz:** Der Boden hat als politisches Hoheitsgebiet, gesellschaftlicher Lebensort und wirtschaftliche Ressource eine herausgehobene Bedeutung und ist zugleich der Inbegriff von Eigentum im Liberalismus. Als Basis individueller Freiheit muss Boden allen zugänglich sein. Das ist nur möglich als Allgemeinbesitz mit einer verlässlichen, langfristigen Nutzungsüberlassung in Form einer Pacht.

**Stufensteuer und Bedarfsdeckung:** Es wird zur Finanzierung des Staates ein Stufensteuersystem vorgeschlagen, wobei das Grundeinkommen als erste (negative) Stufe gedacht wird. Weiter wird ein vom Finanzsystem unabhängiges Bürgerkonto (Zentralbankkonto) vorgeschlagen. Steuern sollen effizient und gerecht sein, ihre Höhe bemisst sich an der gesellschaftlichen Aufgabe.

**Wirtschaftsförderung und Staatswirtschaft:** Die im Kapitel »Wirtschaft als Umwelt« vorgestellte Wirtschaftspolitik wird hier von ihrer aktiven Seite her beleuchtet. Unter welchen Bedingungen muss oder kann der Staat private Wirtschaft fördern, wann muss oder sollte er selbst aktiv werden?

**Regeln und Zölle im Außenhandel:** Veränderte Wirtschaftspolitik verlangt auch eine veränderte Außenhandelspolitik. Probleme und Möglichkeiten, eigene Regeln durchzusetzen und eine globalisierte Wirtschaft zur gesellschaftlichen Finanzierung heranzuziehen, werden betrachtet.

**Basis und freie Entfaltung, Grundbedürfnisse und Luxus:** Selbstverantwortung und Fremdbestimmung werden im Verhältnis zu Grundbedürfnissen und

Luxus und ihrer sehr ungleichen Verteilung in der aktuellen Gesellschaft diskutiert. Freiwilliger Verzicht und daraus gewonnene Muße könnten eine liberale Antwort auf den Klimawandel sein.

## **Die Basis der liberalen Demokratie – Freiheit und Gleichheit**

Wie eingangs gesagt, ist der breite Staat, die hier vorgeschlagene Utopie der liberalen Demokratie, ein demokratisches Gemeinwesen, in dem freie und gleiche Menschen zusammenleben und dieses Zusammenleben souverän und solidarisch gestalten.

Dass alle Menschen frei und gleich sind und dass es sich zusammen besser lebt als allein, das sind die Grundüberzeugungen, die aufklärerischen Ideale, die eine liberale Demokratie ausmachen. Natürlich kann man die Freiheit und die Gleichheit der Menschen anzweifeln, kann ihre Fähigkeit bezweifeln, friedlich zusammenleben zu können, der Umstand jedoch, dass die wenigsten sich selbst als fremdbestimmt, minderwertig oder gar böse wahrnehmen, macht solche Überzeugungen unproduktiv. Und sicher, man kann über Freiheit und Gleichheit und das gute Leben ewig und einen Tag streiten, aber der Umstand, dass dieser Streit zu keinem Ende gefunden hat, zeigt gerade, dass wir frei und gleich und lebendig sind. Denn gäbe es eine übergeordnete Instanz, eine Autorität, die bestimmen kann, was und wie unser Leben zu sein hat, dann wäre der Streit längst schon entschieden. Schlicht: Dass wir Menschen frei und gleich sind, lässt sich nicht beweisen, und es ist schwammig; aber es zu widerlegen ist praktisch widersprüchlich und politisch unfruchtbar.

Es ist nicht so, dass wir im Zusammenleben zwischen Freiheit und Gleichheit entscheiden müssen. Und es ist nicht so, dass diese Entscheidung der Wahl zwischen liberalem Kapitalismus und autoritärem Sozialismus entspricht. Ganz so, als wäre die zentrale Frage der liberalen Demokratie die Frage nach dem Wirtschaftssystem. Als gäbe es nur einen passiven, schlanken Staat, der individuelle Freiheit gegen jede Anfechtung verteidigt, oder einen aktiven, starken Staat, der alle gleichmachen will.

Es geht weniger darum, ob ein böser Nachbar mit zu viel Macht uns bedroht oder ob zu viel politische Herrschaft eines autoritären Staates uns gängelt.<sup>22</sup> Beides überdeckt das viel wichtigere, viel lebenswirklichere Pro-



blem der Abhängigkeit. Die zentrale Frage des Liberalismus ist, wie es sich vermeiden lässt, dass wir für das Zusammenleben unsere Freiheit und unsere Gleichheit opfern müssen.

Der Zwiespalt von bösem Nachbarn oder autoritärem Staat ist schon in dem urliberalen Gedankenspiel des Naturzustands angelegt, das auf Hobbes und Locke zurückgeht. Wer gibt sich da am Anfang einen Staat? Vereinzelt, auf die Welt gefallene Individuen? Der kurze Rückfall in den Naturzustand und ins Naturrecht sei mir verziehen: Will mir mein Nachbar Böses, ist er einer von Hobbes' Wölfen, dann rette ich mich in die Gesellschaft anderer und unterwerfe mich der Autorität eines starken Staates, der mich schützt.<sup>23</sup> Will mein Nachbar nur das Seine, ist er einer von Lockes Arbeitsamen, dann begeben wir uns in Gesellschaft anderer und vereinbaren mit ihnen, uns gegenseitig gegen autoritäre Ansprüche auf das, was wir uns erarbeitet haben, in einem schlanken Staat zu schützen.<sup>24</sup> – Aber war ich da wirklich als Einzeller, als unverbundenes Individuum, quasi vom Himmel gefallen, von keiner Mutter geboren, von keinem Vater gezeugt? Das anzunehmen wäre ein zu dichter Schleier des Unwissens. Da waren immer schon Familien und Clans, kleine Gruppen, Gemeinschaften oder Gesellschaften, die sich verbunden oder bekämpft haben.<sup>25</sup>

Gemeinschaft und Familie klingt erst mal gut. Aber es sind genau diese engen Verbände, denen anzugehören für mein Leben und Überleben entscheidend ist, die die größte Bedrohung für Freiheit und Gleichheit sind. Es ist die Abhängigkeit von der Gunst und dem Wohlwollen eines Familienoberhaupts, eines Häuptlings oder irgendeines anderen personifizierten Herrschers, die diese Gruppen und Gemeinschaften so bedrohlich machen. Es geht keineswegs darum, diese engen Gemeinschaften zu zerschlagen und durch einsame Individualisierung in einer zersplitterten liberalen Gesellschaft zu ersetzen. Es geht darum, die Zugehörigkeit nicht zu institutionalisieren und damit die Abhängigkeit zu zementieren. Solche sozialen Abhängigkeitsstrukturen sind nicht fiktiver Naturzustand oder Relikt einer vergangenen historischen Epoche. Auch in einer modernen, individualisierten Gesellschaft sind sie entscheidend – immer noch als Familien und neu als Unternehmen. Auch wenn in liberalen Gesellschaften die Möglichkeit besteht, eine Gruppe zu verlassen und sich einer anderen anzuschließen, ist dies nur eine sehr dürftige und letztlich negative Realisierung von Freiheit und Gleichheit. Aber um das Freiheits- und Gleichheitsversprechen der liberalen Demokratie gehalt-

voll zu machen, reicht das nicht. Wird es dürftig, dann steigt erst die Sehnsucht nach engen Bindungen in einer Familie, dann die nach einer eng gebundenen »Volksgemeinschaft«, geführt von einer starken Hand.

Gegen den bösen Nachbarn schützt die Polizei (Hobbes); gegen den übermächtigen Staat hilft Eigentum (Locke). Was aber hilft gegen einen ausbeuterischen Arbeitgeber? Was gegen eine grausame Familie? Offensichtlich braucht es hierfür mehr als Eigentumsschutz und einen freien Markt, aber auch mehr als Rechtssicherheit und politische Mitsprache. Diese Probleme sind zeitgemäßer als der böse Nachbar und der übermächtige Staat.

Individuelle Freiheit und Gleichheit realisieren sich nicht in individualisierter Selbstverantwortung. Gegen kollektive Übermacht braucht es auch eine kollektive Antwort. Das Problem moderner Gesellschaften ist nicht zu viel Individualisierung, es ist deren unvollkommene oder inkonsequente Umsetzung. Problematisch wird die Individualisierung, weil sie am falschen Ende ansetzt. Die für das Überleben entscheidenden Abhängigkeiten werden nicht aufgelöst. Die Zugehörigkeit zu einer die materielle Versorgung sichernden Gruppe wird zugleich als Norm sowie als individuelles Problem behandelt. Das mag abstrakter klingen, als es tatsächlich ist: Es geht ganz konkret um Arbeit und um Besitz. Das Bewerben und die Konkurrenz um Stellen auf einem freien Arbeitsmarkt auf der einen Seite, vererbte Ungleichheit durch über Generationen akkumuliertes Familienvermögen auf der anderen Seite. In eine bestimmte Familie mit oder ohne Besitz, Wohlstand, Reichtum und Einfluss hineingeboren zu sein ist reines Glück und keine individuelle Leistung. Die individualisierte Selbstverantwortung beginnt, wenn man dieses Glück nicht hatte, und sie beginnt damit, dass man auf dem Arbeitsmarkt darum buhlen muss, in ein Abhängigkeitsverhältnis aufgenommen zu werden. Damit sind individuelle Freiheit und Gleichheit für viele wenig relevant und eher eine Bedrohung als ein Glück.

Sicherlich, nicht in feudalistische Abhängigkeitsverhältnisse hineingeboren zu werden, zumindest vom Pech der Geburt befreit zu sein ist ein großartiger Fortschritt. Aber um die Gunst buhlen zu müssen, in Arbeit aufgenommen zu werden, ist eine halbe oder gar falsche Freiheit. Und solange auf einem freien Markt – im Großen und Ganzen, es mag sektoral anders aussehen – Mangel an Arbeitsplätzen und nicht Mangel an Gütern oder Diensten herrscht, ist das Finden eines Arbeitsplatzes letztlich wenig mehr als das Buhlen um die Gunst, eingestellt zu werden.

Indem liberale Demokratien zentral auf eine freie Wirtschaft und die Integration durch Arbeit setzen, zwingen sie ihre Mitglieder in ihrem alltäglichen Leben in Organisationen hinein, die nicht liberal und demokratisch sind. Das Versprechen, frei und gleich zu sein, wirkt hohl und für sehr viele nicht als Einladung, sich für diese Gesellschaftsform zu begeistern. Der Eindruck ist: Frei und gleich ist man einmal alle vier Jahre zur Wahl, sonst wird man verwaltet oder ist bestenfalls sich selbst überlassen.

Der breite Staat muss sich und seine Bürger von der Abhängigkeit von Wirtschaft und Arbeit befreien. Natürlich kann kein Staat von der Notwendigkeit erlösen, zu arbeiten und Güter zu erwirtschaften. Die Einsicht in diese Notwendigkeit zur Freiheit zu erklären und die Abhängigkeiten zur Selbstverantwortung zu machen ist aber weder liberal noch utopisch. In einem dem Ideal von Freiheit und Gleichheit verpflichteten Staat ist die Notwendigkeit eine gemeinsame Herausforderung.

## Teil I

# Die Elemente der liberalen Demokratie

Die liberale Demokratie ist in der Krise, weil ihre drei Grundelemente aus dem Gleichgewicht sind. Die demokratische Politik, die liberale Gesellschaft und die freie Marktwirtschaft stärken und stützen sich im schlanken Staat nicht gegenseitig, sie rauben sich vielmehr Substanz und Kraft. Soll die liberale Demokratie erneuert werden, müssen wir ihre Grundelemente neu auf ihr utopisches Potenzial hin befragen und auslegen.

Es soll weder der Status quo beschrieben noch eine abgeschlossene Theorie entwickelt werden. Ich glaube nicht, dass ich da irgendetwas neu erfinden kann; ich glaube aber, dass sich die Akzente neu setzen lassen und dass sie neu gesetzt werden müssen. Die Elemente sollen so in den Blick genommen werden, dass sich das Bild einer Gesellschaft abzeichnet, in der man leben, für die man sich einsetzen, ja kämpfen möchte.

Im ersten Kapitel soll es um die demokratische Politik gehen. In einem Satz zusammengefasst, bedeutet *Demokratie: Alle Macht geht von den Leuten aus*. Und dies ist nicht nur die Frage, wer wählt und bestimmt, sondern auch, wem es hilft und in wessen Interesse regiert wird. Es geht um die Rolle des Staates und die Legitimation der Macht. Es geht weniger um eine konkrete Ausgestaltung von Institutionen und Beteiligung. Diese kann und sollte vielfältig sein, und eine der Stärken der liberalen Demokratie ist es gerade, dass verschiedene Formen kombiniert werden können.

Nach einigen Dekaden schlanken Staates ist die liberale Demokratie so ausgedünnt, dass es ihr kaum gelingt, die Menschen zu begeistern und den Verlockungen von Populisten und Autokraten wirklich etwas entgegenzusetzen. Was liegt an Demokratie, wenn der politische Bereich neoliberal darauf verengt wurde, Marktbedingungen für mehr Wachstum zu schaffen? Dass es

den Menschen besser gehen werde, das ist auch das Versprechen der Populisten und Autokraten. Gerade starke Staaten wie China haben die höchsten Wachstumsraten. In der neoliberalen Ära des schlanken Staates hingegen stagnierten die Reallöhne, und die Ungleichheit wuchs, die breite Bevölkerung profitierte kaum.

Im zweiten Kapitel soll es um die liberale Gesellschaft gehen. In einem Satz zusammengefasst: *Die liberale Gesellschaft ist die Gemeinschaft freier und gleicher Individuen*. Hier geht es nicht nur um die Frage, warum jemand zur Gesellschaft gehört und was man tun muss, um dazuzugehören, sondern auch, weshalb man überhaupt dazugehören wollen sollte und was die Aufgabe der Gesellschaft ist. Für eine liberale Gesellschaft kann es keine gehaltvollen Kriterien geben. Es sind nicht die Menschen, die der Gesellschaft dienen. Eine liberale Gesellschaft ist für die Menschen da, für ihr Leben, ihre Freiheit und ihr Glücksstreben.

Im schlanken Staat ist die liberale Gesellschaft jedoch ausgedünnt zur Arena wirtschaftlicher Konkurrenz und egoistischen Profitstrebens. Gesellschaft wird oft eher als Gegeneinander denn als Miteinander erlebt. Der Zusammenhalt ist brüchiger geworden, und vermehrt werden wieder Nation und Religion als einigende Bande angeboten. Sie sollen etwas Höheres bieten als bloß materielle Werte; meist sind sie jedoch wenig mehr als ein »Wir« gegen die »anderen« im nationalistisch erweiterten Konkurrenzkampf. In einer liberalen Gesellschaft kann Zusammenhalt aber nicht aus erhabener Höhe den Leuten übergestülpt werden, er entsteht im gemeinschaftlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten.

Im dritten Kapitel soll es um die freie Marktwirtschaft und ihre Rolle im breiten Staat gehen. In einem Satz zusammengefasst: *Die freie Marktwirtschaft organisiert dezentrale Entscheidungen*. Dies betrifft nicht nur die Frage, welche Rahmenbedingungen Märkte benötigen, damit sie funktionieren. Es geht darum, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen und welche Mechanismen es braucht, damit die ökonomisch effizienten und optimalen Entschiede des Marktes auch gesellschaftlich nützlich und gut für das Allgemeinwohl sind.

Gerade die Unwucht zugunsten der Wirtschaft und die Ungleichgewichte im Markt sind wichtige Gründe für die Krise der liberalen Demokratie. Liberale Demokratie scheint fast ein Synonym für freie Marktwirtschaft, und es ist verhext, wie bei einem Vexierbild: Schaut man von links, sieht man kapi-

talistische Ausbeutung, schaut man von rechts, Bürokratie und Marktverzerrung. Ein Grund für diese Verdrehung ist die Verwechslung von freier Marktwirtschaft und kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Hier soll keine Kapitalismuskritik formuliert werden; wichtig ist allein, dass die Wirtschaft einer liberalen Demokratie sich am Ideal einer freien Marktwirtschaft orientieren muss, aber nicht an dem einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Zwangsläufig wird es innerhalb einer freien Marktwirtschaft kapitalistische Betriebe geben, aber schützenswert ist die freie Marktwirtschaft und nicht der kapitalistische Betrieb.

Wie bereits gesagt, die Krise der liberalen Demokratie wurzelt gerade darin, dass sie sich oft bloß als Betriebssystem einer kapitalistischen Wirtschaft versteht. Berauscht von deren materiellem Erfolg, hat sie sich gänzlich deren Zweck und Logik unterworfen. Die Politik ist darauf ausgerichtet, Arbeitsplätze zu schaffen, während die liberale Gesellschaft primär das Kapital schützt und ihr Glück im Streben nach Profit sieht. Freiheit erschöpft sich darin, Verträge zu schließen und unbehelligt Reichtum anzuhäufen. Eine solche Freiheit ist ein Privileg der Erfolgreichen, und die »liberale Demokratie« erscheint als Staatsform einer elitären Minderheit. Nimmt man die liberale Demokratie aber politisch ernst, ist das eine grobe Verdrehung.

## Demokratische Politik

### *Alle Macht geht von den Leuten aus*

#### Macht und Legitimation

Macht meint die Möglichkeit, die Regeln des Zusammenlebens festzulegen und durchzusetzen, notfalls mit Gewalt. Es sind nicht ausgewählte Leute, die diese Macht haben. Der Souverän der Demokratie sind die Leute vor Ort. Die Leute sind nicht ein Volk, allenfalls ein bunt zusammengemischtes Völkchen.<sup>1</sup>

Dass die Leute selbst und direkt ihre Macht ausüben könnten, ist natürlich eine grobe Fiktion. Deshalb wurden Institutionen ausgebildet, die diese Macht und Gewalt stellvertretend ausüben. Diese Institutionen *besitzen* die Macht und Gewalt nicht, sondern haben sie nur von denen *geborgt*, die sich ihnen unterwerfen. Auch wenn diese Institutionen stabil und langlebig sind,

Die liberale Demokratie könnte eine Utopie sein. Doch in Form des neoliberalen schlanken Staates steckt sie in der Krise. Das Wohlstandsversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist brüchig geworden – und das dazu notwendige Wirtschaftswachstum bedroht die Zukunft des Planeten.

Dominik Vogt entwickelt als Alternative die Idee eines »breiten Staates«: Statt die wachstumsabhängige Wirtschaft umzubauen, schlägt er vor, sich von der kapitalistischen Wirtschaft selbst unabhängig zu machen. Dazu unterzieht er Arbeit und Eigentum einer Neubetrachtung und plädiert für eine neue Art gesellschaftlicher Teilhabe – durch Grundeinkommen und soziale Dienste.

In seiner Streitschrift entwirft Dominik Vogt so ein neues Zusammenspiel von demokratischer Politik, liberaler Gesellschaft und freier Marktwirtschaft. Nur ein breites Fundament kollektiver Daseinsvorsorge ermöglicht individuelle Freiheit und echte Selbstverantwortung. Im »breiten Staat« sorgt das Gemeinwesen für die Grundbedürfnisse – die Marktwirtschaft dient dem Luxus.

**Dominik Vogt** (geb. 1973) hat Philosophie, Soziologie und Volkswirtschaft in Basel und Berlin studiert. Er ist gelernter Chemielaborant und angelernter Pflegehelfer. Seit Jahren beschäftigt er sich mit der Rolle der Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

